

Hauptsatzung der Stadt Schortens

Auf Grund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Stadt Schortens in seiner Sitzung am 10. November 2011 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 – Name und Rechtspersönlichkeit

- (1) Die Stadt führt die Bezeichnung und den Namen „Stadt Schortens“.
- (2) Die Landesregierung hat ihr durch Beschluss vom 10.05.2005 mit Wirkung vom 1. Juni 2005 die Rechtsstellung einer selbständigen Gemeinde verliehen.

§ 2 – Wappen, Flagge, Dienstsiegel

- (1) Das Wappen der Stadt Schortens zeigt ein rotes springendes Ross auf weißem Grund.
- (2) Die Farben der Flagge der Stadt Schortens sind weiß – rot – weiß.
- (3) Das Dienstsiegel enthält das Wappen („springendes Ross“) und die Umschrift „Stadt Schortens“.
- (4) Eine Verwendung des Stadtwappens oder des Stadtnamens zu nicht behördlichen Werbezwecken ist nur mit Genehmigung der Stadt Schortens zulässig.

§ 3 – Mitglieder des Rates

- (1) Der Rat der Stadt Schortens besteht gemäß § 45 NKomVG aus dem Bürgermeister sowie den Ratsfrauen und Ratsherren. Die Zahl der Ratsmitglieder richtet sich nach § 46 NKomVG.
- (2) Die Ratsfrauen und Ratsherren üben ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien nur durch Rücksicht auf das Gemeinwohl geleiteten Überzeugung aus. Sie sind an Verpflichtungen, durch welche die Freiheit ihrer Entscheidung als Ratsmitglied beschränkt wird, nicht gebunden.

Die Ratsfrauen und Ratsherren sind als Einzelpersonen, unbeschadet des Überwachungsrechts des Rates gem. § 58 Abs. 4 NKomVG nicht berechtigt, in den Gang der Verwaltung einzugreifen.

§ 4 – Ratszuständigkeit

- (1) Der Beschlussfassung des Rates bedürfen die Festlegung privater Entgelte i.S.d. § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG, deren jährliches Aufkommen den Betrag von 2.500 Euro voraussichtlich übersteigt.
- (2) Über Rechtsgeschäfte im Sinne des § 58 Abs. 1 Ziffer 14 der NKomVG beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 50.000 Euro übersteigt. Bis zu dieser Wertgrenze beschließt der Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit. Rechtsgeschäfte über Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, die den Wert von 5.000 Euro nicht übersteigen, gehören zu den Geschäften der laufenden Verwaltung.
- (3) Verträge der Stadt mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder mit dem Bürgermeister als Geschäfte der laufenden Verwaltung nach § 58 Abs. 1 Ziffer 20 NKomVG bedürfen dann der Beschlussfassung des Rates, wenn der Vermögenswert des Vertrages 2.500 Euro übersteigt.
- (4) Für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen ist bis zu einem Betrag von 25.000 Euro im Einzelfall im Rahmen des Haushalts der Bürgermeister und darüber hinaus der Verwaltungsausschuss zuständig, soweit der Rat sich im Einzelfall nicht die Beschlussfassung gemäß § 58 Abs. 3 NKomVG vorbehalten hat. Für Architekten- und Ingenieurleistungen gilt Satz 1 bis zu einer Wertgrenze von 10.000 Euro.

§ 5 – Ratsvorsitzende/r

- (1) Der Rat bestimmt in seiner ersten Sitzung aus seiner Mitte den/die Ratsvorsitzende/n und deren/dessen StellvertreterIn nach näherer Bestimmung des § 61 NKomVG für die Dauer der Wahlperiode.
- (2) Dem/der Ratsvorsitzenden obliegt die Eröffnung, Leitung und Schließung der Ratssitzung, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ausübung des Hausrechts sowie die Feststellung der Beschlussfähigkeit. Außerdem wird gemäß § 59 Abs. 3 NKomVG die Tagesordnung der Ratssitzungen im Benehmen mit dem/der Vorsitzenden erstellt. In Abwesenheit des Bürgermeisters obliegt ihm die Aufstellung der Tagesordnung für den Rat; hierfür ist die Benehmensherstellung mit der allgemeinen Vertreterin des Bürgermeisters erforderlich.

§ 6 – Vertretung des Bürgermeisters

- (1) Der Rat wählt aus den Beigeordneten eine/n erste/n sowie eine/n zweite/n VertreterIn des Bürgermeisters. Diese führen die Bezeichnung „Erste/r Stellvertretende/r BürgermeisterIn“ bzw. „Zweite/r Stellvertretende/r Bürgermeister/in“ und vertreten den Bürgermeister in dieser Reihenfolge bei der repräsentativen Vertretung der Stadt, der Einberufung des Verwaltungsausschusses einschl. Aufstellung der Tagesordnung sowie Leitung der Sitzungen des Verwaltungsausschusses.

- (2) Mit der allgemeinen Vertretung beauftragt der Rat auf Vorschlag des Bürgermeisters eine Beamtin oder einen Beamten durch Ratsbeschluss.
- (3) Der Bürgermeister kann andere Bedienstete mit der Erfüllung bestimmter abgegrenzter Verwaltungsaufgaben in seiner Vertretung beauftragen.

§ 7 – Verwaltungsausschuss

- (1) Der Verwaltungsausschuss wird nach den Vorschriften der §§ 74 bis 79 NKomVG gebildet.
- (2) Jedes Ratsmitglied ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer teilzunehmen.

§ 8 – Einwohnerversammlungen

- (1) Der Bürgermeister unterrichtet die EinwohnerInnen in öffentlichen Sitzungen des Rates und in Pressemitteilungen über wichtige Angelegenheiten der Stadt.
- (2) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin unterrichtet die EinwohnerInnen in Einwohnerversammlungen für die ganze Stadt oder für Teile des Stadtgebietes rechtzeitig und umfassend über die Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Stadt.

Dabei haben die EinwohnerInnen Gelegenheit zu Fragen und zur Meinungsäußerung und Anspruch auf Erörterung. Weitergehende Vorschriften über förmliche Beteiligungs- und Anhörungsverfahren bleiben unberührt.

- (3) Einwohnerversammlungen sind gemäß § 11 dieser Satzung mindestens 7 Tage vor der Veranstaltung öffentlich bekannt zu machen.

§ 9 – Anregungen/ Beschwerden an den Rat

- (1) Jede Person hat gemäß § 34 NKomVG das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. Bei gemeinschaftlich eingereichten Anregungen oder Beschwerden ist gegenüber der Stadt eine Person zu benennen, die die Interessen vertritt. Bei mehr als 5 AntragsstellerInnen können bis zu 2 VertreterInnen benannt werden. Die Beratung kann so lange zurückgestellt werden, bis diesen Anforderungen entsprochen wird.

Der Bürgermeister leitet an den Rat gerichtete Eingaben sowohl an diesen als auch an die sonst zuständige Stelle weiter. Der Rat entscheidet in der nächsten Sitzung über die Behandlung vorliegender Anregungen und Beschwerden.

- (2) Nicht ausdrücklich an den Rat gerichtete Anregungen oder Beschwerden erledigt die zuständige Stelle.

- (3) Anregungen oder Beschwerden, die keine Angelegenheiten der Stadt Schortens zum Gegenstand haben, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss vom Bürgermeister mit Begründung zurückzugeben. Dies gilt auch für Eingaben, die weder Anregung noch Beschwerde sind (z. B. Fragen, Erklärungen, Absichten, etc.).
- (4) Anregungen und Beschwerden, die ein gesetzeswidriges Ziel verfolgen oder gegen gute Sitten verstoßen, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss ohne Beratung zurückzuweisen.
- (5) Die Beratung eines Antrags kann abgelehnt werden, wenn der Antragsbegehrende Gegenstand eines noch nicht angeschlossenen Rechtsbehelfs-/ Rechtsmittelverfahrens oder eines laufenden Bürgerbegehrens/Bürgerentscheids oder gegenüber bereits erledigten Anregungen/Beschwerden kein neues Sachvorbringen enthält.
- (6) Die Erledigung von Anregungen oder Beschwerden wird dem Verwaltungsausschuss übertragen, sofern für die Angelegenheiten nicht der Rat gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG ausschließlich zuständig ist. Der Rat und der Verwaltungsausschuss können Anregungen oder Beschwerden zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse überweisen.

§ 10 – öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Bürgermeister.
- (2) Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen sowie öffentliche Bekanntmachungen (z. B. Bekanntmachung der Sitzungen) der Stadt Schortens werden gemäß § 11 NKomVG im Internet unter der Adresse www.schortens.de verkündet bzw. bekannt gemacht.

Auf die Bereitstellung von öffentlichen Bekanntmachungen im Internet wird in den Tageszeitungen Jeversches Wochenblatt, Wilhelmshavener Zeitung und Nordwest Zeitung hingewiesen.

- (3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung oder Flächennutzungsplanes, so wird die Bekanntmachung dieser Teile nach Absatz 2 dadurch ersetzt, dass sie im Rathaus Schortens während der Dienststunden zur Einsicht ausgelegt werden.

Gemäß § 11 Abs. 4 NKomVG wird in der Verkündung des textlichen Teils der Satzungen oder dem Flächennutzungsplan auf die Dauer und den Ort der Auslegung hingewiesen (Ersatzverkündung) sowie der Inhalt dieser Bestandteile grob umschrieben.

- (4) Ortsübliche Bekanntmachungen erfolgen im Internet unter www.schortens.de sowie durch Aushang in den Bekanntmachungskästen. Die Standorte der Bekanntmachungskästen sind nachfolgend genannt:

Rathaus, Ostiem (Ecke Plaggestraße/Nordfrostring), Kirche Schortens (ehem. Volksbank Schortens), Gaststätte „Waldschänke“ Schoost, Gaststätte „Zum grünen Wald“, Upjever/ Schumacher-/Edertstraße, Sillenstede/Post, Grafenschaft/Edeka-Neukauf, Accum/Wilhelmshavener Straße (Bushaltsstelle), Bürgerbegegnungsstätte Roffhausen, Middelsfähr/Hauptstraße (Parkanlage Arnoldsdorfer Straße).

§ 11 – Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 10. November 2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Schortens vom 11. November 2004 außer Kraft.

Schortens, 10. November 2011

G. Böhling
Bürgermeister